



Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Rede

Gerade in der Krise: In die Menschen investieren

DGB-Tagung
Umdenken – Gegenlenken „Mit guter Bildung aus der Krise“
am 12. November 2009 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort

vor fast genau einem Jahr hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen. Die neue Bundesregierung will an dieses Versprechen anknüpfen. Das zumindest schreibt sie in ihrem Koalitionsvertrag. Frau Ministerin Schavan, ich gratuliere Ihnen zu ihrer Wahl. Ich wünsche Ihnen bei ihrer Aufgabe viel Glück. Aber nicht nur Glück, sondern vor allen Dingen viel Erfolg im Interesse einer gelingenden und guten Bildungsrepublik. Sie sind die Ministerin, die ja eigentlich für die Zukunft des Landes zuständig ist.

Wenn Schwarz-Gelb den eigenen Anspruch ernst nimmt, wartet viel Arbeit auf die neue Regierung, auch auf Sie persönlich Frau Ministerin. Der Nationale Bildungsbericht zeigt das:

- Noch immer haben 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren keine abgeschlossene Ausbildung. Das sind immerhin 15 Prozent dieser Altersgruppe.
- Noch immer verlassen jedes Jahr mehr als 70.000 junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss.
- Noch immer leben in unserem Land rund vier Millionen Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können, d.h. funktionale Analphabeten – ein Schlag ins Gesicht einer der reichsten Industrienationen dieser Welt.



- Noch immer landen mehr als 400.000 Jugendliche in Warteschleifen, im Übergangssystem ohne Chance auf eine voll qualifizierende Ausbildung und damit ohne Chance auf ein anständiges Leben.

Ich sage das nicht nur in Form einer moralischen Anklage. Wir müssen erkennen, dass wir beim zentralen Zukunftsthema schlicht versagt haben.

Kurzum: Der Weg in die Bildungsrepublik Deutschland ist weit - sehr weit.

Wer mehr Qualität im Bildungswesen will, wird mehr Geld investieren müssen. Mehr und bessere Kindergärten, mehr Ganztagschulen, der Ausbau der Hochschulen, mehr Weiterbildungsberatung - all das kostet sehr viel.

Es war deshalb überfällig, dass Bund und Länder beim Bildungsgipfel verabredet haben, die Investitionen für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Dieses Ziel ist und bleibt nicht nur wichtig, sondern auch richtig. Nimmt man die Zahlen der OECD müssten mehr als 32 Milliarden Euro zusätzlich in das deutsche Bildungswesen fließen.

Doch die Finanzminister wollen anscheinend einen Strich durch die Rechnung machen. Pünktlich zum Jahrestag des Bildungsgipfels präsentierten sie ihre eigene Rechnung. Sie verbuchten ganz neue Posten im Bildungsbudget. Das Kindergeld für Volljährige, die Pensionen für Lehrer und Professoren, die Sanierung von Gebäuden. Und siehe da: Deutschland hatte das 10-Prozent-Ziel erreicht, ohne auch nur einen Cent zusätzlich ins Bildungswesen zu investieren. Das sind gute Taschenspielertricks. Man kann sich die Welt immer schön rechnen, doch diese Rechnung wird nicht aufgehen.

Mit der Wirklichkeit hat das nichts zu tun: Während sich die Finanzminister in ihrer Parallel-Gesellschaft eingerichtet haben, klagen Eltern über Unterrichtsausfall und fehlende Kita-Plätze. Ich kann die neue Bundesregierung und die Bundesländer nur vor solchen Luftbuchungen warnen. Bildungspolitik ist mehr als eine Mathe-Olympiade. Wir brauchen tatsächlich mehr Geld für unser Bildungswesen.

Und diese Debatte bezieht sich nicht nur auf Deutschland, wir werden weltweit bildungspolitisch herausgefordert. Da nützt es uns nichts, wenn wir darauf verweisen, dass Deutschland das Land der Dichter und Denker ist. Es nützt auch nichts, voll Stolz auf Einstein und Goethe zu verweisen, beide sind nämlich schon längst tot.

Es geht hier auch nicht um Parteipolitik, sondern darum, ob wir der Herausforderung gerecht werden können.

Die streikenden Studentinnen und Studenten haben doch recht, wenn Sie bemängeln, dass für die Notoperation Bankenkrise sofort Geldsummen, die sich in astronomischen Höhen bewegen, bereitgestellt werden. Für die „permanente Notoperation“ Bildung sollten aber nicht nur Betäubungsmittel sondern endlich auch Heilmittel zur Verfügung gestellt werden.



Sehr geehrte Frau Ministerin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der DGB hat zum Jahrestag des Bildungsgipfels der schwarz-gelben Regierung ein Milliarden-Paket für unser Bildungswesen vorgeschlagen. Allein der Bund könnte mit rund 13 Milliarden Euro viel bewegen.

- Die Regierung könnte 40.000 Sozialarbeiter-Stellen an Ganztagschulen finanzieren. Ich bin der Überzeugung, dass der Bund bei den Sozialarbeitern durchaus auch nach der Föderalismus-Reform Finanzhilfen geben darf. Er hat in diesem Bereich nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz noch immer die Zuständigkeit.
- Die neue Koalition könnte 28.000 Stellen für wissenschaftliches Personal an den Hochschulen schaffen.
- Schwarz-Gelb könnte die Kindergarten-Gebühren in Deutschland abschaffen.
- Frau Schavan kann das BAföG erhöhen und die Altersgrenze für das BAföG von 30 auf 35 Jahre anheben.
- Der Bund könnte mehr Geld in die Weiterbildung von Erwerbslosen und die Weiterbildungsberatung stecken.

Das sind fünf konkrete Vorschläge für eine echte Bildungsoffensive. Im Vergleich zu den Steuersenkungen, die die neue Regierung verspricht, nehmen sich diese 13 Milliarden Euro für eine neue Bildungsoffensive geradezu bescheiden aus.

Letztlich müssen Union und FDP entscheiden, welche Prioritäten sie setzen. Einen Dreiklang aus Steuersenkungen, Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen in Bildung wird es nicht geben. Das wäre die Quadratur des Kreises. Die Bundesregierung muss klar sagen: Will sie kostspielige Steuersenkungen für reiche Erben und Firmen? Will sie öffentliche Investitionen durch einen drastischen Tritt auf die Schuldenbremse runterfahren? Oder will sie mehr Geld in ein gutes Bildungswesen investieren? Warum erklärt Guido Westerwelle eigentlich umfangreiche Steuersenkungen und nicht die Finanzierung eines guten Bildungswesens zum casus belli?

Die Menschen haben ein sehr feines Gespür für diese Fragen. Im Deutschland-Trend des Instituts infratest dimap wurden die Wähler kurz nach der Bundestagswahl gefragt, welchen Schwerpunkt sie setzen würden. Die Antwort war eindeutig: 35 Prozent forderten mehr Geld für Bildung, nur sechs Prozent sprachen sich für Steuersenkungen aus.



Sehr geehrte Frau Ministerin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der DGB hat schon vor der Wahl gefordert, dass sich die Parteien endlich um die Verlierer unseres Bildungswesens kümmern müssen. Die neue Koalition will nun die Bildungsarmut in Deutschland bekämpfen. Das ist gut. Doch ein Blick in den Koalitionsvertrag weckt Zweifel. Ich möchte drei Beispiele nennen:

Erstens: Die neue Bundesregierung will ein Bildungskonto einführen. Für jedes Neugeborene gibt es eine Bundeseinlage von 150 Euro. Private Einzahlungen sollten nach dem Modell der Riester-Rente steuerlich gefördert werden. Diese Idee hilft vor allem der gehobenen Mittelschicht. Geringverdienern fehlt das Geld für das Schwarz-Gelbe Sparmodell. Sie sollen nicht nur für ihre Rente privat vorsorgen, sondern jetzt auch noch Zusatzbeiträge für die Krankenkassen und die Pflegeversicherung berappen. Gute Bildung kann sich nach dem Modell „Bildungskonto“ nur leisten, wer eine reiche Oma oder einen gütigen Patenonkel hat. Kinder ohne zahlungskräftige Verwandtschaft gehen leer aus.

Zweitens: Schwarz-Gelb will ein Betreuungsgeld einführen. Das heißt im Klartext: Eltern, die ihre Kinder von guter Bildung in der Kita fernhalten, bekommen zur Belohnung 150 Euro. Das ist in der Tat eine „bildungspolitische Katastrophe“, wie es Ursula von der Leyen nannte. Und ich gehe davon aus, dass gerade die Bildungsministerin der neuen Regierung diesen Unfug stoppen wird!

Drittens: Die neue Regierung will ein Stipendienprogramm für Begabte auflegen. Das ist der falsche Weg. Das Herzstück einer staatlichen Studienfinanzierung muss das BAföG sein. Es bietet den Studierenden einen klaren Rechtsanspruch, während sie beim Stipendium auf das Wohlwollen der Geldgeber angewiesen sind. Das BAföG ist seit den 70er Jahren besonders für ärmere Familien die Strickleiter für den sozialen Aufstieg. Deshalb: Wir haben nichts gegen Stipendien. Sie können aber ein starkes BAföG nur ergänzen.

Sehr geehrte Frau Ministerin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Deutschland ist auf dem Weg in eine neue Art der Klassengesellschaft.“ Dieses Zitat stammt nicht von mir. Es steht in einer Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Unter dem Titel „Eltern unter Druck“ beschreiben die Wissenschaftler die Flucht der Oberschicht in ein abgeschottetes privates Bildungssystem. Das reicht vom Luxus-Kindergarten bis hin zur privaten Hochschule. Während an Schulen in sozialen Brennpunkten der Schimmel die Wände hoch kriecht, lässt man es sich in der Luxus-Kita gut gehen. Zum Beispiel in der Villa Ritz in Potsdam: Mit privaten Bodyguards, Chinesisch-Unterricht und einer Wellness-Oase für die Kleinen. Weiter können die Lebenswelten nicht auseinander liegen.



Wir müssen uns fragen, was die Prioritäten sind in unserer Gesellschaft:

- Ist es in Ordnung, wenn Eltern immer mehr Geld für Schulbücher, Klassenfahrten und Nachhilfe aus der eigenen Tasche bezahlen müssen - und gleichzeitig reiche Eltern das Schulgeld für Privatschulen bis zu 5.000 Euro einfach von der Steuer absetzen können?
- Ist es richtig, dass Schulessen mit 19 Prozent Mehrwertsteuer veranschlagt wird, während für Übernachtungen in Luxus-Hotels künftig der ermäßigte Satz von sieben Prozent gilt?

Ja, wir müssen mehr in unser Bildungswesen investieren. Wir müssen aber auch Geld umverteilen. Auch im Bildungswesen lässt sich manch ein Euro klüger einsetzen als bisher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Frau Ministerin,

ich habe jetzt die Kritik an der neuen Koalition betont. Doch seien Sie sicher: Wir sehen nicht nur das halbleere Glas. Dort wo die Ziele stimmen, finden sie mit den Gewerkschaften engagierte Mitstreiter:

- Wir stehen an ihrer Seite im Kampf für mehr Investitionen in unser Bildungswesen. Dieses Geld muss nur klug eingesetzt werden.
- Wir stehen an ihrer Seite, wenn sie eine nationale Bildungspartnerschaft, eine gemeinsame Strategie von Bund, Ländern und Kommunen für unser Bildungswesen anmahnen.
- Wir stehen an ihrer Seite, wenn es darum geht, für die Anerkennung der Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten endlich ein verbindliches Verfahren zu finden.
- Wir stehen an ihrer Seite, wenn es darum geht Erzieherinnen und Erzieher besser aus- und fortzubilden.
- Wir stehen an ihrer Seite, wenn es um bessere Ausbildungs- und Berufsperspektiven für junge Menschen geht. Kurz vor der Bundestagswahl hatten wir der Bundesregierung vorgeschlagen, frisch ausgebildeten Fachkräften mit einer neuen Form der Altersteilzeit eine Brücke in die Beschäftigung zu bauen. Die Bundeskanzlerin hat zugesagt, mit uns über Lösungen zu sprechen. Lassen Sie uns den Gesprächsfaden wieder aufgreifen.

Die Gewerkschaften setzen auf den konstruktiven Dialog mit der neuen Koalition. Auf einen Dialog, der aber ausdrücklich nicht auf offene und klare Kritik verzichtet.

Sehr geehrte Frau Ministerin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Angela Merkel vor einem Jahr zum Dresdner Bildungsgipfel rief, haben die Gewerkschaften zwei Tage zuvor einen alternativen Gipfel veranstaltet. Dort haben wir unsere zehn Thesen für ein gutes



Bildungswesen vorgestellt. Sie sehen: Bildungspolitik genießt bei den Gewerkschaften einen hohen Stellenwert.

Der DGB hat gefordert, dass sich Bund und Länder endlich den zentralen Problemen stellt: Der Bildungsarmut, der chronischen Unterfinanzierung unseres Bildungswesens und dem drohenden Mangel an Fachkräften.

Gemessen an diesen Problemen hätten Bund und Länder beim Bildungsgipfel einen größeren Wurf wagen müssen. Wer sich gebührenfreie Bildung, mehr Ganztagsplätze an Kindergärten und Schulen erhofft hatte, wurde enttäuscht.

Und dennoch: Wir werden nicht locker lassen. Bildung bleibt für die Gewerkschaften ein zentrales Thema. Bund und Länder haben viel versprochen: Mehr Geld für Bildung, weniger Schulabbrecher und weniger junge Menschen ohne Berufsabschluss. Die Zahl der Studienanfänger soll steigen. Es soll mehr und bessere Kindergärten geben. An diesen Versprechen werden wir die Länder messen. Und auch die Bundesregierung. Das zumindest, Frau Ministerin, kann ich für die kommenden Jahre schon versprechen.

Vielen Dank für Ihre und Eure Aufmerksamkeit.